

Antrag

der Fraktion der FDP

Ausbildung trotz Corona sicherstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Ungefähr 40.000 Berlinerinnen und Berliner absolvieren momentan eine Ausbildung, über 1,3 Mio. Berlinerinnen und Berliner haben eine Ausbildung abgeschlossen und mehr als 5.000 Betriebe in Berlin bilden jedes Jahr Auszubildende aus. Die berufliche Bildung in Berlin bietet jedes Jahr Tausenden jungen Menschen eine Möglichkeit zur Qualifikation, zum Einstieg ins Berufsleben und eine langfristige Lebensperspektive.

Der Wert der beruflichen Bildung für Berlin darf nicht durch die SARS-CoV-2 Pandemie gemindert werden. Deshalb müssen die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Ausbildungsbetriebe eingedämmt und die berufliche Bildung und Berufsorientierung sichergestellt und gefördert werden. Insbesondere wird der Senat aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. In Abstimmung mit den Sozialpartnern muss dafür Sorge getragen werden, dass mündliche und sofern möglich auch praktische Abschlussprüfungen digital durchgeführt werden.
2. Alle Berliner Berufsschulen müssen für alle Auszubildenden digitalen Unterricht anbieten. Die Bereitstellung von Materialien soll zunächst, wie auch die Überprüfung der Lernergebnisse, in der Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer liegen. Das Land Berlin soll nach dem Vorbild des „Digital.Learning.Lab“ eine Online-Toolbox für Berufsschullehrerinnen und -lehrer entwickeln, die für digitale Lernmethoden genutzt werden kann.
3. Um die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, müssen schnellstmöglich wieder personelle Kapazitäten in den Jugendberufsagenturen geschaffen werden und übergangsweise das Beratungsangebot der Berliner Industrie- und Handelskammer in Anspruch genommen werden.

4. Bei Ausbildungsberufen, die durch die Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie besonders betroffen sind, muss ein Berufsschulstart im Februar ermöglicht werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Für viele Auszubildende hat die SARS-CoV-2 Pandemie erhebliche Auswirkungen für die Arbeit im Betrieb. Größtenteils sind sie von betrieblichen Umstrukturierungen, Zwangsurlaub und in Ausnahmefällen auch Kurzarbeit oder gar Entlassungen betroffen. Gleichzeitig trüben sich die Perspektiven für Betriebsübernahmen im Anschluss an die Ausbildung aufgrund der schwächelnden Wirtschaft ein.

Für viele Auszubildenden entstehen finanzielle Probleme, die aber ebenso die Ausbildungsbetriebe treffen. Ausbildungsbetriebe wurden ganz oder teilweise geschlossen und konnten vielfach dennoch keine Kurzarbeit für die Auszubildenden beantragen, sodass neben den erheblichen Umsatzausfällen auch weiterhin Lohnkosten anfielen.

Bundesweit sind alle Abschlussprüfungen abgesagt worden und werden frühestens im Sommer stattfinden. Durch die Verschiebung der Abschlussprüfungen verschiebt sich auch die weitere Lebensplanung der Auszubildenden, obwohl vielfach durch digitale Lösungen eine Prüfungssituation geschaffen werden könnte, die gesundheitlichen Schutz ermöglicht und gleichzeitig den Berufsabschluss nicht um Monate verzögert.

Nicht nur fehlende Ausbildungsplätze, sondern auch ein mangelndes Interesse an beruflicher Bildung aufgrund ausbleibender Berufsorientierung führen im Ergebnis zu einem künftigen Fachkräftemangel. Berlin muss sicherstellen, dass die Berufsorientierung auch während der SARS-CoV-2 Pandemie gewährleistet ist und der Übergang zwischen Schule und Beruf weiterhin als gleichwertige Möglichkeit von jungen Menschen in Betracht gezogen wird.

Berlin, den 26. Mai 2020

Czaja, Dr. Jasper-Winter
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin